

Hefte aus Burgscheidungen

Hertha Jung

Familie im Sozialismus

Gesellschaftliche Geborgenheit und
eigenverantwortliche Gestaltung



222

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hertha Jung

Familie im Sozialismus

Gesellschaftliche Geborgenheit und
eigenverantwortliche Gestaltung

1984

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Es ist die größte Leistung 35jähriger Geschichte der DDR, daß mit unserer sozialistischen Republik ein Staat des Friedens geschaffen wurde – die Grundvoraussetzung allen Lebens, allen menschlichen, allen Familienglücks. Frei von Ausbeutung und Unterdrückung, gewährleistet er allen soziale Sicherheit, Geborgenheit und Zukunft: den Ehen, den Familien und den Kindern. Sorge um den Frieden und das Wohlergehen des Mitmenschen, Mitverantwortung für das gute Gedeihen der gesamten Gesellschaft – das sind ethisch begründete Anliegen und Ziele, in denen wir christliche Demokraten uns gemeinsam mit der großen Mehrzahl parteiloser christlicher Mitbürger völlig eins wissen mit unserem sozialistischen Staat und seiner Politik, nicht zuletzt mit seiner Familienpolitik.

Glück und Entwicklung der Familie als der kleinsten Zelle der Gesellschaft sind von ihren sozialen Bedingungen nicht zu trennen. Gerade die Älteren unter uns, deren erste Lebenshälfte noch von der Zeit des Kapitalismus geprägt war, wissen, wie imperialistische Aggressions- und Gewaltpolitik, wie insbesondere Faschismus und Krieg zahllose Familien zerstört haben. Arbeitslosigkeit stürzte sie in Not und Elend, und hart war das Ringen um die nackte Existenz, um ein Zipfelchen Glück. Bürgerliche Geld- und Standesehen, Scheinmoral und Spießbürgertum hohlten den Sinn der Familie aus, und wie viele Hoffnungen und Träume von Eltern auf die Förderung und Entwicklung der Talente ihrer Kinder wurden durch die im Kapitalismus geltenden Bildungs- und Standesschranken zunichte gemacht oder in ihrer Entfaltung eingeeengt! Erst in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat, mit der revolutionären Umgestaltung der Macht- und Eigentumsverhältnisse entstanden auf dem festen politischen und ökonomischen Boden des Sozialismus neue Bedingungen – auch für die Entwicklung des Menschen, für die Gestaltung seines persönlichen Lebens und das seiner Familie.

Heute kann man in der DDR wie in anderen sozialistischen Ländern bereits von der Herausbildung eines neuen Familientyps sprechen: Zwischen Familie und Gesellschaft hat sich ein dem Wesen des Sozialismus entsprechendes, neues Grundverhältnis entwickelt. Die Familie ist für die Werktätigen nicht mehr Zufluchtsstätte vor einer feindlichen Umwelt, wie sie derzeit in kapitalistischen Ländern noch weithin empfunden wird. Vielmehr befinden sich im Sozialismus die Grundinteressen der Familie mit denen der Gesellschaft in Übereinstimmung. Frieden, soziale Sicherheit, das Glück der Menschen und die allseitige Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente sind Ziele des ganzen Volkes, des Staates und der

Gesellschaft. Sie nützen zugleich dem einzelnen und entsprechen voll seinen Interessen.

Bei uns weiß jede Mutter, jeder Vater, jeder Erzieher: Hier wird alles getan, damit die Kinder gesund und glücklich heranwachsen, damit sich ihre Fähigkeiten, ihre Persönlichkeit entwickeln können. Bei uns ist das Recht auf Bildung, auf Beruf und Arbeit, auf soziale Sicherheit garantiert. Unser sozialistischer Staat ist familien- und kinderfreundlich. Das sind Tatsachen, die auch uns christliche Demokraten gerade im Blick auf den 35. Jahrestag der DDR stolz machen – Tatsachen, die man hingegen in der alten Welt angesichts der dortigen Bildungsmisere, der Verweigerung eines Arbeitsplatzes für Millionen Jugendliche und ihrer Verführung zu Gewalttätigkeit und Drogensucht zu verschweigen oder zu entstellen bemüht ist.

Ehe und Familie als eine entscheidende Lebensgrundlage der Gesellschaft zu festigen und zu fördern ist erklärtes Ziel der Politik unseres sozialistischen Staates wie unserer Partei. In der auf gegenseitiger Liebe, Achtung und Vertrauen gegründeten Ehe, in ihrer Unverletzlichkeit, in der Erziehung der Kinder zur Achtung vor den Menschen, zur Liebe zur Arbeit, zur Wahrheitsliebe und zur Bescheidenheit, zur Achtung voreinander und zur staatsbürgerlichen Verantwortung sieht unsere Partei moralische Grundwerte, die mit christlicher Ethik und sozialistischer Familienpolitik gleichermaßen übereinstimmen. Voraussetzung jeder partnerschaftlichen Beziehung ist die Achtung vor der Würde und dem Wert des Menschen; grundlegend ist sie jedoch für die Ehe. Für Christen ist diese Achtung darin begründet, daß der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen wurde. Die umfassendste und vollkommenste Annahme eines Menschen, die Annahme in der Ehe, wird dem Christen zu einem Bild der Gottesliebe, wobei sittliche Werte wie Liebe, Treue und Wahrhaftigkeit eine große Rolle spielen.

Hier in der DDR lehren uns geschichtliche Erfahrung und tägliches Leben,

- daß das harmonische Zusammenleben und die wechselseitige Verantwortung mehrerer Generationen dem Sinn der Familie entsprechen,
- daß dazu die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung ist,
- daß Kinder zum Sinn und Glück einer Ehe gehören und
- daß stabile Ehen und intakte Familien für die körperlich, geistig, emotional und sittlich gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen unersetzlich sind.

Darum unterstützt die CDU alle staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen, die auf die Festigung von Ehe und Familie gerichtet sind. Sie fördert sie, weil – wie Parteivor-sitzender Gerald Götting im Bericht an den 15. Parteitag sagte – in der Familie Wertvolles und Unersetzbares zur Erziehung der jungen Generation geleistet wird und sie das charakterlich-sittliche Fundament für die weitere Entwicklung der Kinder und Jugendlichen legt.

Förderung der Familie – staatsrechtlich gesichert

Bereits in den Jahren des Neubeginns war klar, daß mit dem Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung auch ein neues Familienrecht geschaffen werden mußte. Schon im Herbst 1945 ging z. B. die damalige Landesverwaltung Sachsen an diese Aufgabe. Doch vor allem war eine umfangreiche praktische Arbeit zur Rettung und Festigung der Familien zu leisten. Dem dienten Suppenküchen und Wärmestuben sowie besonders die Aktion „Rettet die Kinder“. Auf dem Kongreß „Mutter, Kind und Lehrerin“ 1949 wurden die Grundlagen einer neuen, humanistischen Erziehung der Jugend und der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus beraten und die Frauen und Mütter zur politischen Unterstützung der demokratischen Schulreform aufgerufen. Diese Tätigkeit setzte sich in der Bildung der Elternseminare fort. Sie waren faktisch die erste organisierte pädagogische Propaganda in unserer Republik und arbeiteten viele Jahre lang sehr erfolgreich.

Von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der Familien war das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, das als eines der ersten Gesetze in der DDR bereits 1950 von der Volkskammer angenommen wurde. Das gilt erst recht für das 1965 von der Volkskammer nach umfassender Volksdiskussion beschlossene Familiengesetzbuch der DDR, das die Gesellschaftsverhältnisse des entwickelten Sozialismus widerspiegelt.

Erstmals ging dieses neue Familienrecht nicht vom Konfliktfall aus, sondern formulierte neue Ansprüche an das Zusammenleben der Menschen. Es setzte neue Maßstäbe, die Männer und Frauen anregen, ihre familiären Beziehungen so zu gestalten, daß beide das Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit zum eigenen und zum gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können. Damit wurde – ausgehend von der Entwicklung, die sich vollzogen hatte – ein Gesetz für die ganze Familie geschaffen, zu ihrem Schutz und ihrer Festi-

gung. In der Präambel des Familiengesetzbuches heißt es, daß die Familie „auf der für das Leben geschlossenen Ehe beruht und auf den besonders engen Bindungen, die sich aus den Gefühlsbeziehungen zwischen Mann und Frau und den Beziehungen gegenseitiger Liebe, Achtung und gegenseitigem Vertrauen zwischen allen Familienmitgliedern ergeben.“

Zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft wird in Paragraph 1 gesagt: „Der sozialistische Staat schützt und fördert Ehe und Familie. Staat und Gesellschaft nehmen durch vielfältige Maßnahmen darauf Einfluß, daß die mit der Geburt, Erziehung und Betreuung der Kinder in der Familie verbundenen Leistungen anerkannt und gewürdigt werden. Staat und Gesellschaft tragen zur Festigung der Beziehungen zwischen Mann und Frau und zwischen Eltern und Kindern sowie zur Entwicklung der Familie bei.“

Die entscheidende Grundlage für das neue, sozialistische Familienrecht gab schließlich 1968 die sozialistische Verfassung der DDR. Sie bestimmt nicht allein, daß Mann und Frau gleichberechtigt sind, sondern erhebt den Schutz und die Förderung von Ehe, Familie und Mutterschaft sowie die Rechte und Pflichten der Eltern zum Grundrecht. Die prinzipielle Bedeutung von Ehe und Familie in unserer sozialistischen Gesellschaft kommt in den Worten zum Ausdruck: „Ehe, Familie und Mutterschaft stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Jeder Bürger der DDR hat das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner Ehe und Familie.“ (Artikel 38 [1])

Mit dieser neuen Gesetzgebung war eine beständige politisch-geistige Arbeit verbunden, die auf die Herausbildung neuen Denkens, neuer Anschauungen und Verhaltensweisen gerichtet war. Erinnern wir uns, daß 1949 politische Gegner behaupteten, in der DDR würden alle Frauen „zur Arbeit gezwungen“. Sie wollten mit dieser Lüge unseren Staat verleumden und damit die Schritte der Frauen zur Freiheit und Gleichheit als etwas „Unmenschliches“ diffamieren. Doch Dummheit und Bosheit hielten die Entwicklung nicht auf. Auch solche „Warnungen“ wurden ad absurdum geführt, wonach die Berufstätigkeit der Frau das Familienleben gefährde und ihr gesellschaftliches Engagement einem harmonischen Eheleben abträglich sei. Ungezählte Frauen, darunter viele christliche Mitbürgerinnen, bewiesen hervorragende berufliche Leistungen und beispielgebende politische Aktivität, ohne dabei ihre Familie zu vernachlässigen.

Es war jedoch auch notwendig, speziell unter christlichen Bürgern und in kirchlichen Kreisen Bedenken und Vorbehalte gegenüber den sozialistischen Auffassungen von Ehe und

Familie abzubauen, wie sie im Familiengesetzbuch formuliert sind. Solche Vorurteile reichten von der Meinung, Familie müsse eine unpolitische Oase sein und bleiben, bis zu dem antikommunistischen Klischee, wonach im Sozialismus alle persönlichen Familienbindungen ausgehöhlt würden. Gerade in solchen Gesprächen haben viele christliche Demokraten mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen segensreich gewirkt. Viel wurde getan, im Großen wie im Kleinen, damit christlichen Bürgern in unserer Republik verständlich wurde – wie es in der Stellungnahme der CDU-Fraktion in der Volkskammer zum Familiengesetzbuch der DDR hieß –, „daß die Entwicklung der Familienbeziehungen wie der Moralanschauungen... im Sozialismus einen von dieser Ordnung geprägten Charakter annehmen muß“ und daß dies den von christlicher Ethik und Tradition geprägten Auffassungen über Ehe und Familie in der praktischen Konsequenz entspricht.

Sozialpolitisches Programm zugunsten der Familien

Mit der Aufgabe, in der Deutschen Demokratischen Republik die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und dazu die Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einheit zu entwickeln, wurde für jeden Bürger verständlich und spürbar: Alles zu tun für das Wohl des Volkes – das ist der Sinn des Sozialismus. Dies entspricht auch unserem christlich geprägten Bild vom Wesen und Auftrag des Menschen. Gerald Götting kleidete diese Erkenntnis auf dem 15. Parteitag in die Worte: „Allein der reale Sozialismus ist imstande, das Wohl, die Freiheit und die Würde des Menschen zu verwirklichen, ihr Zusammenleben im Zeichen von Menschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit zu ermöglichen und einen beständigen Frieden zu erkämpfen.“

Hier ist die Arbeit nicht mehr in erster Linie Mittel zum Lebensunterhalt – sie ist das Hauptfeld schöpferischer und gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit, auf dem sich die Merkmale der sozialistischen Persönlichkeit herausbilden und bewahren. Hier entwickeln sich wahrhaft sozialistische Gemeinschaftsbeziehungen, die von kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe gekennzeichnet sind. Sie reichen bis in das persönliche Leben und das der Familien hinein.

Der Kurs der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik stimmt mit christlichen Auffassungen von tätiger Sorge um den Nächsten, von verantwortlichem Wirken für das Gemeinwohl und christlichem Arbeitsethos

völlig überein. Es geht um den Menschen, um immer bessere Lebensmöglichkeiten für ihn. Ganz in diesem Sinne tragen christliche Demokraten gemeinsam mit allen anderen Werktätigen dazu bei, den Reichtum des Volkes zu mehren, um so ein dynamisches, stabiles und kontinuierliches Wachstum der Wirtschaft unseres Landes zu sichern. Denn nur dann, wenn der Reichtum der Gesellschaft wächst, kann der humanistische Sinn des Sozialismus auf immer höherer Stufe verwirklicht werden.

Wir erleben gegenwärtig besonders deutlich, welch unüberbrückbare Kluft im Kapitalismus zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik besteht. In jener Welt wirkt die Krise, wird infolge der Politik der Hochrüstung, wie sie insbesondere die USA-Administration betreibt, rigoros sozialer Abbau betrieben. Dort gehört es in nicht wenigen Ländern zum Alltag, daß Kinder Not und Hunger leiden. Das Heer der Armen wächst, und Millionen Arbeitslose sind schon zur Dauererscheinung geworden. In Westeuropa zum Beispiel hat sich ihre Zahl bei den Männern seit 1970 verdoppelt, bei den Frauen ist sie sogar auf das Achtfache gestiegen. Von gleichem Lohn für gleiche Arbeit kann nach wie vor keine Rede sein. Allein nach dortigen Aussagen wurden in der BRD 1983 insgesamt 12 Milliarden DM Einsparungen des Staates durch Kürzung von 10,2 Milliarden DM auf sozialem Gebiet erreicht. Am härtesten traf es die Arbeitslosen, die Alten und Kranken, die Jugend.

Für unser Land, für den realen Sozialismus sind solche Zustände im wahrsten Sinne des Wortes Vergangenheit. Die wirtschaftliche Leistungssteigerung, die unsere Republik auf dem Wege konsequenter Intensivierung in den letzten Jahren und auch in den ersten Monaten dieses Jahres erreichte, hat es ermöglicht, trotz schwierigerer außenwirtschaftlicher Bedingungen das vorgesehene gewaltige sozialpolitische Programm Schritt um Schritt zu verwirklichen – ein Programm, das in der Geschichte seinesgleichen sucht. Durch ein breit gefächertes System von Maßnahmen trägt es dazu bei, das materielle, soziale und geistig-kulturelle Lebensniveau des Menschen zu sichern und schrittweise zu erhöhen. Nicht zuletzt bewirkt es damit eine immer höhere soziale Sicherheit der Familien, eine immer bessere Übereinstimmung zwischen der beruflichen Entwicklung der Frau und ihren Aufgaben als Mutter.

Die große Bedeutung dieser Sozialpolitik der DDR als konsequenter Frauen- und Familienförderung wurde in der Erklärung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU zum Internationalen Jahr des Kindes (1979) erneut bekräftigt.

Darin heißt es: „Insbesondere das sozialpolitische Programm mit seinem Kernstück, dem Wohnungsbauprogramm, erweist sich als Grundlage wahren Familienglücks. Darüber hinaus entwickelt unsere sozialistische Gesellschaft solche rechtlichen und politisch-moralischen Maßstäbe, die auf sinnerfüllte Ehen, auf ihren Schutz und ihr Ansehen gerichtet sind. Sie umgibt die Familie, insbesondere die Mütter und Kinder, mit umfassender Fürsorge und vielseitiger materieller und geistig-moralischer Unterstützung. Diese planmäßige Förderung, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Geborgenheit der Familie ist eine solide Basis für glückliche Eltern und Familien.“

Wohnungsbauprogramm – familienpolitische Großtat

Zielstrebig wird unser großes Wohnungsbauprogramm als Kernstück der Sozialpolitik verwirklicht, das eine familienpolitische Großtat ist. Gerade die Durchführung dieses Programms erbringt sehr anschaulich den Beweis, wie sehr in der Politik unseres sozialistischen Staates Wort und Tat übereinstimmen. Im Sinne der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde 1971 bekanntlich die Aufgabe gestellt, bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen. Zumeist sind es Arbeiterfamilien, Kinderreiche und junge Eheleute, die dadurch bessere Wohnbedingungen erhielten.

Erst unlängst, am 9. Februar 1984, wurde die zweimillionste Wohnung, die seither in der DDR fertiggestellt wurde, einer Berliner Arbeiterfamilie übergeben. Insgesamt wurde damit für sechs Millionen Bürger ein schöneres Zuhause geschaffen. Zugleich besteht die Aufgabe darin, bis 1990 für weitere 4,3 Millionen Bürger neue bzw. modernisierte Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die durch Gemeinschaftseinrichtungen ergänzt werden. Dazu gehören auch ideenreich angelegte Frei- und Grünflächen in den Innenhöfen der Wohnkomplexe.

Ähnlich verhält es sich mit den Kindergärten und Krippen, die in besonderem Maße die grundlegenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Stellung der Frau unterstützt haben und den Wunsch nach Kindern fördern. Fanden im Gründungsjahr unserer Republik nur etwa 9000 Kinder – also weniger als ein Prozent – Aufnahme in einer Kinderkrippe, so sind es heute 68 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat sich auch bei den Kindergärten eine ungeahnte Entwicklung vollzogen. Damals konnten lediglich 17 Prozent der Kinder vom dritten Lebensjahr ab einen Kindergarten besuchen. Heute ist allen diesen Kindern die Möglichkeit dazu gegeben. Die Deutsche Demokratische Republik ist damit bisher das ein-

zige Land, in dem alle Kinder, deren Eltern es wünschen, dort aufgenommen, betreut und auf den Schuleintritt vorbereitet werden können. Eine ähnliche Entwicklung trifft auch für die Schulhorte für Schüler der 1. bis 4. Klasse zu.

Familienförderung in der DDR heißt aber auch Ehekredite, verkürzte Arbeitszeit und verlängerter Urlaub für Frauen mit zwei und mehr Kindern unter 16 Jahren, heißt längerer Schwangerschafts- und Wochenurlaub, heißt bezahltes Babyjahr ab zweitem Kind. Wen nimmt es bei soviel Kinderfreundlichkeit in unserem Lande also wunder, daß seit 1975 die Zahl der Geburten wieder kräftig steigt? Kinderwunsch und seine Realisierung stimmen mehr und mehr überein. 1977 wurden über 223 000 Kinder geboren, 1983 waren es mehr als 230 000. Dabei dominiert die Familie mit einem Kind bzw. zwei Kindern, die jedoch noch nicht ganz den notwendigen Bevölkerungszuwachs gewährleistet.

Von hoher und steigender Bedeutung für die Lebensbedingungen der Frauen und der Familien sind der enorme Umfang und die Wirksamkeit der gesellschaftlichen Fonds. 24 Prozent der Bevölkerung sind Kinder, aber 35 Prozent aller gesellschaftlichen Mittel kommen ihnen zugute. Je Schüler betragen allein 1984 die Ausgaben aus dem Staatshaushalt rund 2100,- M, je Kindergartenplatz sind es 940,- M und je Kinderkrippenplatz 2460,- M. Für die Kinder- und Schüler- speisung werden in diesem Jahr 857 Millionen Mark bereitgestellt. Um es konkret zu sagen: Für jedes Mittagessen eines Schülers werden 1,90 M aus gesellschaftlichen Fonds eingesetzt, während die Eltern nach wie vor nur 55 Pfennig bezahlen.

Aber auch das heißt Förderung der Familie in der DDR, wenn von der ersten Klasse bis zur Beendigung der Ausbildung vom Staat im Durchschnitt jährlich je Facharbeiter 26 000,- M, je Fachschulkader 45 300,- M und je Hochschulabsolvent 84 000,- M aufgewandt werden. Diese Gelder sind Investitionen für die Zukunft, für eine noch schnellere Entwicklung von Wissenschaft und Technik, für eine gute Lebensperspektive aller jungen Menschen. All das steckt in den gesellschaftlichen Fonds, nicht gerechnet die Aufwendungen für die Beibehaltung stabiler Mieten, Tarife und Preise für Grundnahrungsmittel sowie die Ausgaben für kostenlose gesundheitliche Betreuung aller Bürger, für Kultur und Sport. Die meisten der noch Anfang der 50er Jahre gefürchteten Infektionskrankheiten konnten inzwischen so gut wie ausgerottet werden. Die DDR gehört heute zu den Ländern mit der niedrigsten Mütter- und Säuglingssterblichkeit in der Welt, und einst so gefürchtete Kinderkrankheiten wie Ma-

sern, Scharlach, Diphtherie und Kinderlähmung sind fast unbekannt geworden.

Das Ausmaß der in 35 Jahren DDR erreichten sozialen Sicherheit für Ehe und Familie läßt die Feinde des Sozialismus nun davon sprechen, daß die DDR zu solchen Maßnahmen „gezwungen“ sei, da der Mangel an Arbeitskräften die Berufstätigkeit der Frau nötig mache und die Geburtenentwicklung zu stimulieren verlange. Wie falsch diese Argumente sind, liegt auf der Hand. Sie folgen aus dem Nicht-verstehen-Wollen oder -Können des Wesens des Sozialismus, der auch auf diesem Gebiet dem Kapitalismus prinzipiell überlegen und eine in jeder Hinsicht menschliche Ordnung ist.

Als christliche Demokraten und Staatsbürger unserer Republik wissen wir die soziale Sicherheit für die Familien hoch zu schätzen. Wir wissen aber auch um den untrennbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt. Damit das sozialpolitische Programm auch künftig ohne Abstriche verwirklicht werden kann, braucht es die bewußte Leistung, das aktive Engagement, die größere Anstrengung jedes einzelnen. Doch es ist unsere gemeinsame Erfahrung: Diese Anstrengungen lohnen sich, für den einzelnen und die ganze Gesellschaft – heute und auch morgen.

Neue Beziehungen in Ehe und Familie entstehen

Als wesentliche Tendenz können wir heute beobachten, daß sich in der Mehrzahl der Ehen neue Partnerbeziehungen entwickeln, die die Persönlichkeit aller Familienmitglieder fördern. Sie gründen sich auf Liebe und gegenseitige Achtung, Verständnis und gegenseitige Hilfe im Alltag und die gemeinsame Verantwortung für die Kinder. Dabei stimmen wir voll mit unseren marxistischen Freunden überein, die feststellen: „Die vollständige Gleichberechtigung der Ehepartner, wachsende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen und immer bessere Möglichkeiten, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, haben qualitativ neue Voraussetzungen für die persönlichen Bindungen geschaffen, die mit der Ehe und der Gründung einer Familie eingegangen werden.“ (Programm der SED)

In der Tat ist die Familie neben dem Arbeitskollektiv diejenige Gemeinschaft, in der sich das Leben der Menschen vorrangig vollzieht. Die große Bedeutung der Erziehung der Kinder und Jugendlichen in den gesellschaftlichen Erziehungseinrichtungen vermindert keineswegs die Bedeutung der Familie für die Erziehung der Kinder. Auch für die Er-

wachsenen verringert die außerordentliche Bedeutung der Arbeit und des Arbeitskollektivs nicht die der Partnerschaft, der Ehe und Familie. Das sind keine alternativen Beziehungen, vielmehr verändert sich gerade im Zusammenhang mit der Stellung von Mann und Frau im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß und in der sozialistischen Gesellschaft überhaupt auch der Inhalt der Beziehungen zueinander wie zu den Kindern. Hierzu gehören Liebe und Achtung der Ehepartner, die Möglichkeit, sich den Wunsch nach Kindern zu erfüllen und sich gemeinsam ihrer Erziehung zu widmen.

Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß sich in der familienfreundlichen Umwelt des Sozialismus neue Familienbeziehungen von heute auf morgen oder gleichsam automatisch entwickeln und durchsetzen. Vielmehr lehrt die Erfahrung, daß es dazu der subjektiven Bereitschaft und des Vermögens jedes Bürgers – gleich welcher Weltanschauung oder Religion – bedarf, um die gewachsenen gesellschaftlichen Möglichkeiten für das persönliche Glück auch bewußt zu nutzen und zu gestalten. Das ist ein Prozeß, den auch Christen bei der Gestaltung der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft zu meistern haben, eine Aufgabe, die unser aller verantwortliches Handeln erfordert.

In unserem Land ist die große Mehrzahl der Ehen und Familien stabil und intakt. Der Grad der Bewußtheit der Elternschaft wächst, und es wird zunehmend erkannt, daß der Wert der Familie für die Gesellschaft und das Individuum vor allem in ihrem Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung – der eigenen wie der der Kinder – liegt.

Christliche Ethik kennt keinerlei Wertunterschied zwischen Mann und Frau, wohl aber physische und psychische Besonderheiten. Gleichberechtigung und echte Partnerschaft umfassend zu verwirklichen ist ihr ein Grundanliegen. Die Berufstätigkeit der Frau wird als Chance gesehen, die eigene Persönlichkeit voll zu entfalten. Grundsätzlich gilt, daß die Verpflichtungen als Mutter und Hausfrau nicht als „zweit-rangig“ eingestuft werden dürfen. Sie sind stets Dienst an der Familie als Gemeinschaft.

Auch daraus geht hervor, daß in der DDR Fragen der Entwicklung der Familienbeziehungen, auch solche der Familien-erziehung, immer nur im Zusammenhang mit der neuen Stellung der Frau in der Gesellschaft betrachtet werden können. Ihre verwirklichte Gleichberechtigung ist eine der bedeutendsten Errungenschaften unserer sozialistischen Republik. Konsequentermaßen wurden und werden bei uns das Recht auf Arbeit und Bildung, auf Freizeit und Erholung verwirklicht, wird der Schutz von Mutter und Kind gewährleistet.

Frauen meiner Generation, die vor mehr als drei Jahrzehnten mit Hand anlegten, um diesen ersten Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden zu schaffen, haben selbst noch Kapitalismus, Ausbeutung, Faschismus und Krieg erlebt. Darum können wir auch zutiefst ermessen, welche grundlegende Wandlung sich mit dem Bau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dem Übergang zur sozialistischen Umgestaltung unseres Lebens vollzogen hat. Die Frauen wurden ganz andere, neue Menschen. Wie ein roter Faden zieht sich durch all die Jahre die Erkenntnis, daß die Gestaltung eines neuen Lebens in unserer Republik ohne die Gleichberechtigung der Frau unmöglich gewesen wäre.

Mit dem Eintritt der Frauen in den Berufsprozeß vollzog sich zugleich ihre Qualifizierung. Besonders augenfällig wird dies, wenn man bedenkt, daß 1945 nur etwa fünf Prozent der Frauen über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung verfügten. Mit dieser Entwicklung Hand in Hand gingen die Frauen ihre ersten Schritte in der politischen Arbeit, lernten sie, sich für das Neue zu entscheiden. Heute besitzen 78,8 Prozent der Frauen einen Facharbeiter-, Meister-, Fachschul- oder Hochschulabschluß, und fast eine Million weibliche Fach- und Hochschulkader sind in der Volkswirtschaft tätig. Anfang der 50er Jahre waren es erst etwa 60 000. Ähnlich verhält es sich mit der Zahl der Frauen in anderen wichtigen Bereichen. Gegenwärtig sind 38,4 Prozent aller Abgeordneten Frauen, 28 Prozent der Bürgermeister, 32 Prozent der Schuldirektoren und 54 Prozent der Richter.

Es ist ganz klar, daß eine so große wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frauen, daß so viele Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten für nützliche, notwendige Tätigkeiten zugleich die Erwartung der Frauen an die Partnerschaft erhöhen. Vor allem ist es ein Bedürfnis nach Gemeinsamkeit, nach Gedankenaustausch, nach Achtung und Hilfe, gemeinsamem Erleben, nach Liebe und Zärtlichkeit.

Ethische und soziale Bejahung des Kindes

Selbstverständlich ist und bleibt die Mutterschaft eine der schönsten und wichtigsten Aufgaben im Leben der Frau. Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß unsere Partei bei dem 1972 von der Volkskammer verabschiedeten Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft, das dem Recht und der Würde der Frau und dem Schutz ihrer Gesundheit entspricht, sich – bei Respektierung der prinzipiell auch kontroversen Haltung dazu – in dessen Verwirklichung dafür eingesetzt

hat, daß kein Arzt gegen seine Überzeugung eine Interruption vornehmen muß. Die CDU-Fraktion hatte sich bei der Abstimmung über das Gesetz zum Teil der Stimme enthalten bzw. hatten einige ihrer Abgeordneten dagegen gestimmt.

Egoistische Motive dürfen nicht daran hindern, Kindern das Leben zu schenken. Andererseits kann es eine ethische Verpflichtung zur Geburtenbeschränkung geben. Der oberflächlichen Behauptung, Geburtenbeschränkung ergebe sich nur aus dem Streben des heutigen Menschen nach höherem Lebensstandard, aus einem Hang zur Bequemlichkeit, stehen gewichtige Argumente entgegen: Erstens ging und geht die Säuglingssterblichkeit zurück, und es gibt eine umfassende hygienische Betreuung der Kinder. Auch wenn heute weniger Kinder pro Familie geboren werden als früher, erreichen dennoch heute mehr Kinder das Erwachsenenalter. Zweitens belastet die veränderte Familienstruktur, die in aller Regel auf der Kleinfamilie (Eltern und Kinder) beruht, die Ehepartner und trotz aller gesellschaftlichen Fürsorge nach wie vor besonders die berufstätige Frau und Mutter doch wesentlich stärker, als das früher im Verband der Großfamilie der Fall war. Schließlich fordern heute auch die höheren Ansprüche an Ausbildung und Erziehung der Kinder Kraft und Zeit der Eltern weitaus mehr und länger als in der Vergangenheit, auch wenn das staatliche Hilfe und Unterstützung sehr spürbar mindert.

Im Unterschied zur katholischen Kirche, die nur die Beachtung der unfruchtbaren Tage als geburtenregelndes Mittel anerkennt, ist nach evangelischer Auffassung die Wahl der Mittel und Methoden kein ethisches Problem, sondern eine Frage ihrer Zweckmäßigkeit und der Unschädlichkeit. Eine solche Freigabe der Mittel, wie sie evangelische Ethik vertritt, bedeutet jedoch nicht, daß der Schwangerschaftsabbruch zur Norm der Geburtenregelung werden sollte; er sollte nur das äußerste Mittel der Frau sein, zu bestimmen, wann sie und wie viele Kinder sie gebären will.

Untersuchungen und Beobachtungen zeigen — bei vielen Differenzierungen im einzelnen — daß es in vielen Ehen unseres Landes schon ganz selbstverständlich ist, Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit der Frau und ihrer Aufgabe als Mutter ergeben, gemeinsam zu lösen. Vielen Männern genügt ihre Rolle als „Versorger“ nicht mehr. Sie fühlen sich voll für die Betreuung und Erziehung der Kinder mitverantwortlich und tragen zur gemeinsamen Bewältigung der familiären Aufgaben bei.

Dieser Prozeß einer sich wandelnden Haltung des Mannes zur Familie, der Zeit braucht und für den viele materielle

und ideelle Voraussetzungen geschaffen werden mußten und müssen, ist in jungen Ehen, bei jungen Männern schon weiter fortgeschritten. Er äußert sich in mehr gegenseitiger Hilfe und Arbeitsteilung bei der Bewältigung der Belange des Familienlebens, im Kümmern um die Erziehung ihrer Kinder. Sie betreuen die Jüngsten, vermitteln den Größeren ihre Lebenserfahrungen und bemühen sich in der Freizeit, im Spiel, um ihre Kinder. Aktiv arbeiten sie in den Elternvertretungen der Schulen mit. Dennoch hat die Mutter in der Familie der DDR noch den größeren Anteil an der Erziehung der Kinder. Die Hinwendung des Mannes zur Familie ist notwendig im Interesse der Partnerbeziehungen, der gemeinsamen Verantwortung von Mann und Frau für ihre beiderseitige Entwicklung und die der Kinder, weil das Zusammenwirken von Mutter und Vater die erzieherischen Potenzen der Familie vergrößert.

Neue Normen des Zusammenlebens in der Familie zu verwirklichen, schließt Veränderungen von Einstellungen, Denk- und Verhaltensweisen bei Männern und Frauen ein. Wie soziologische Untersuchungen belegen, halten sich bei beiden Geschlechtern trotz aller sichtbaren Fortschritte dennoch zählebig verschiedene traditionelle Rollenklischees und überkommene Vorstellungen. Wie sich beispielsweise die Frau in politischen Auffassungen nicht einfach dem Manne anpaßt, so stellt sie auch in moralischer Hinsicht neue Ansprüche. Und auch beim Manne bringt ihre Gleichstellung neue Anschauungen und Ansprüche hervor. Das Zusammenleben kann unter diesen Bedingungen sehr viel reicher und schöner sein als zuvor — aber es ist mit Sicherheit nicht einfacher oder problemloser geworden.

Dieser Widerspruch zwischen gestiegenen Ansprüchen an die moralischen Qualitäten des Partners und den subjektiven Möglichkeiten, diesem Anspruch gerecht zu werden, kann nicht dadurch gelöst werden, daß etwa die Menschen auf bescheidenere Ansprüche orientiert werden. Vielmehr sind hohe Ansprüche und Maßstäbe in unserer auf dem bewußten und organisierten Handeln aller beruhenden Gesellschaft Antrieb zur Vervollkommnung des Menschen und der gesellschaftlichen Verhältnisse. In dieser Tatsache liegt die objektive Wurzel der Forderung, wie sie auch das Jugendgesetz der DDR (1974) formuliert, die Jugend auf Liebe, Ehe und Familie vorzubereiten.

In diesem Gesetz nehmen die Rolle und Verantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder einen breiten Raum ein. Die konstruktiven Vorschläge der CDU, die seinerzeit nach einer fünfmonatigen öffentlichen Diskussion unterbrei-

tet wurden, betrafen u. a. Paragraph 2 (3) des Gesetzes, dessen endgültiger Text heißt: „Die Eltern tragen gegenüber der Gesellschaft große Verantwortung für die sozialistische Erziehung ihrer Kinder, für ihre geistige, moralische und körperliche Entwicklung, für ihre Vorbereitung auf die Arbeit und das Leben im Sozialismus. Die Gesellschaft achtet und anerkennt das Wirken der Eltern und ihrer gewählten Vertretungen bei der sozialistischen Erziehung und gewährleistet, daß die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder in der Familie beraten und wirksam unterstützt werden.“ Auch in den Paragraphen 19 (1) und 23 (1) spiegeln sich Vorschläge und Hinweise unserer Partei wider. Sie betreffen insbesondere die Bildung und Erziehung der Schuljugend bzw. der Studenten.

Allein in Vorbereitung des 14. und des 15. Parteitages der CDU und in Durchführung ihrer Beschlüsse wurden drei Studien und 36 Vorschläge zu verschiedenen Aspekten der Familienpolitik und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet. Vieles davon ist inzwischen in staatliche Maßnahmen eingeflossen, die der Festigung von Ehe und Familie sowie der weiteren Förderung junger Menschen dienen. So befaßte sich eine dieser Studien 1976 mit der Lebenslage kinderreicher Familien, wobei es nicht nur um materielle und praktische Fragen ging, sondern vor allem darum, die Unterstützung solcher Familien den örtlichen Räten zur Pflicht zu machen und die Hilfe der Betriebe exakt festzulegen. Ziel waren ferner verbindliche Mindestnormen für diese Unterstützung, etwa in Gestalt von Mietzuschüssen, Beihilfen für die Kinder, Erholungsreisen sowie die Einrichtung von Schnelldiensten für Reparaturen und Dienstleistungen. Andere Vorschläge betrafen die vorrangige Versorgung kinderreicher Familien mit Wohnraum, ihre stärkere Berücksichtigung bei der Vergabe von Kurplätzen und finanzielle Hilfe bei Krankenhausaufenthalten der Mütter. Genannt sei auch der Vorschlag, die Alleinstehenden mit drei Kindern den Kinderreichen gleichzusetzen.

Für feste und dauerhafte Ehen

Geheiratet wird heute fast ausnahmslos aus Liebe. Man kann feststellen, daß materielle Motive weitgehend ihre Bedeutung für die Wahl des Partners verloren haben. Nicht mehr das Interesse am Geld und am sozialen Status des anderen, sondern die gegenseitige Zuneigung bilden die Basis der Liebes- und Ehebeziehungen. 1982 wurden übrigens 124 890 Ehen geschlossen, das sind 7,5 je 1000 der Bevölke-

rung. Das durchschnittliche Heiratsalter hat sich in den letzten Jahren etwas erhöht. Es beträgt jetzt bei Männern 27,2 Jahre, bei den Frauen 24,5 Jahre.

Dennoch weist der relativ hohe Anteil von Scheidungen junger Ehen aus, daß Liebe ohne gründliche Vorbereitung junger Menschen auf die moralisch-ethischen Werte und auf die konkrete Gestaltung des Familienlebens allein nicht ausreicht, um die Ehe beständig zu machen. Der Ehealltag fordert, die Lebensansprüche des einzelnen der Partnergemeinschaft unterzuordnen; er benötigt Toleranz und die Bereitschaft, Verständnis und Einfühlung in die Schwierigkeiten des anderen aufzubringen. Dazu gehören auch Probleme der Gleichberechtigung im Zusammenleben der Familie. Öffentlich und theoretisch akzeptierte Gleichberechtigung findet trotz vieler Fortschritte noch nicht in jeder jungen Ehe entsprechendes Verhalten.

Auch die Zeit bis zum Erhalt einer eigenen Wohnung legt jungen Eheleuten manche Belastungen auf, denn für die Gestaltung ihrer beiderseitigen ehelichen Beziehungen und für die gemeinsame Erziehung der Kinder ist die eigene Wohnung äußerst wichtig. Gelegentlich zeigt sich auch mangelnde Übereinstimmung bei der Erziehung von Kleinkindern als Ausgangspunkt für Eheprobleme.

Solche Spannungen, Konflikte und auch Auseinandersetzungen, wie sie sich im Alltag des Familienlebens ergeben, müssen nicht mit Notwendigkeit zur Eheauflösung führen, denn Anlässe, die in der einen Ehe zur Scheidung führen, werden oft in einer anderen gemeistert und tragen unter Umständen zur Festigung der Bindung bei.

Christen können mit ihrer Auffassung von der Ehe als einer auf Dauer geschlossenen Lebensgemeinschaft vor Gott dem Trend zu einer vorschnellen und oft auch leichtfertigen Trennung entgegenwirken. Bei auftretenden Konflikten betont christliche Ethik die gemeinsame Verantwortung der Ehepartner für die Kinder, deren Wohl höher einzuschätzen ist als die eigenen Vorstellungen und Wünsche. Im Dienst an den Kindern können die Partner so auch in schwierigen Situationen oft zu einer neuen Sinnerfüllung ihrer Ehe finden.

Deshalb ist es notwendig – und das gilt nicht nur für die Familienbeziehungen –, insbesondere junge Menschen bei der Vorbereitung auf das Leben zu befähigen, Probleme in den sozialen Beziehungen so zu lösen, daß kein dauernder Schaden entsteht. Doch ebenso wichtig ist es zu lernen, Probleme zu lösen, ohne den Partner oder die Kinder tief zu verletzen.

Natürlich hat in unserer sozialistischen Gesellschaft die

Scheidung längst ihren früheren moralischen Makel verloren. Es kommt ganz offensichtlich darin auch die hohe Erwartung an die Partnerschaft zum Ausdruck. Aber unter dem Gesichtspunkt, daß harmonische und glückliche Beziehungen zwischen den Ehegatten eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit sind, sollte doch das Gefühl der Verantwortung für die Familie und das individuelle Bemühen um Erhalt der Gemeinsamkeit zwischen Vater und Mutter noch stärker zu einer für die sozialistische Persönlichkeit bedeutsamen Norm werden.

Als christliche Demokraten sehen wir es gerade aus unseren ethischen Normen heraus als wichtige gesellschaftliche Aufgabe an und unterstützen all das, was materiell und moralisch diese Einsichten fördert und den Zusammenhalt in der Familie, die Liebe zu den Kindern festigt. Daraus leitet sich auch ab, noch vorhandene Einzelerscheinungen wie mangelnde Lebenskenntnis junger Menschen, fehlende elterliche Erfahrungen, Egoismus und belastende Folgen von Ehescheidungen überwinden zu helfen. Das ist keine vorübergehende Kampagne, sondern ein fortlaufender Prozeß bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Wir gehen dabei davon aus, daß Liebe, Achtung und gegenseitige Hilfe der Ehepartner, die Unverletzlichkeit der Ehe, die Freude über das Kind und die Liebe zu ihm sowie andere moralische Normen aus christlicher Ethik erwachsen und in ihrem Grundanliegen sozialistischer Familienpolitik entsprechen.

Ein besonderes Feld mitmenschlicher Hilfe und Verantwortung ist die Mitarbeit in den weit über 200 Ehe- und Familienberatungsstellen, die unter Verantwortung der örtlichen Räte in allen großen Städten entstanden sind. Heute kommen weit mehr Ratsuchende als früher – und nicht nur Frauen – hierher. Oft scheuen die Menschen weder Zeit noch lange Fahrwege, um in den Familienberatungsstellen ihre Probleme vertrauensvoll zur Sprache zu bringen und nicht zu warten, bis sich ein Ehekonflikt ausweglos zugespitzt hat. Selbstverständlich können die ratgebenden Juristen, Ärzte, Psychologen, Gynäkologen und Lehrer keine Patentrezepte für die Meisterung des Ehealltags geben. Doch zeigt sich nach solchen nicht nur einmaligen gemeinsamen Gesprächen mit den Eheleuten vielfach, daß verhärtete Positionen abgebaut werden konnten und beide eine neue Gemeinsamkeit aufzubauen gewillt sind.

Eine wertvolle Arbeit im Sinne der Förderung von Ehe und Familie leisten die Kirchen unseres Landes in Seelsorge und Verkündigung. Wir finden dazu wesentliche Aussagen in den Beschlüssen evangelischer Synoden und Kirchenleitungen wie

auch in Beschlüssen der katholischen Pastoralynode. Inhaltlich stehen dabei solche Fragen im Vordergrund wie die Vorbereitung junger Menschen auf die Ehe, die Gestaltung der Ehe- und Familienbeziehungen nach christlichen Grundsätzen, die Unterstützung kinderreicher Familien und alleinstehender Mütter sowie Fragen der Erziehung der Kinder. Katholischerseits bilden die Stärkung des Willens zum Kind und der Schutz ungeborenen Lebens einen Schwerpunkt. Wie bekannt, vollzieht sich die praktische Gestaltung kirchlichen Wirkens auf diesem Gebiet sowohl in Familiengottesdiensten und Elternkreisen wie auch in Vorträgen und Kursen an kirchlichen Bildungsstätten bzw. Exerzitienhäusern.

Kirchliche Diakonie und Caritas leisten besonders bei der Betreuung von Mutter und Kind in Übereinstimmung mit der Sozialpolitik unseres sozialistischen Staates eine umfangreiche Arbeit. Dazu stehen den evangelischen Kirchen in der DDR

- 117 Erholungs- und Freizeitheime,
- 326 Kindertagesstätten und
- 19 Sondertagesstätten für behinderte Kinder zur Verfügung. Zu den Einrichtungen der katholischen Kirche gehören
- 44 Kinder- und Säuglingsheime,
- 39 Kur- und Müttererholungsheime sowie
- 80 Kindertagesstätten.

Bekanntlich betonte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, in dem Gespräch vom 6. 3. 1978 die Wertschätzung der diakonischen Arbeit der Kirchen und sicherte zu, daß sie von den staatlichen Stellen auch in Zukunft großzügig unterstützt wird. Die Arbeit in den kirchlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens – so setzte er hinzu – diene gesamtgesellschaftlichen Interessen und füge sich sinnvoll in das Grundanliegen des Sozialismus ein, alles für das Wohl des Menschen zu tun.

Es sei daran erinnert, daß die CDU manches angeregt, vermittelt und vorgeschlagen hat, um zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Gesundheitswesen und kirchlicher Diakonie beizutragen.

Soziale Geborgenheit im Interesse der Kinder nutzen

Soziale Sicherheit, wachsendes materielles und kulturelles Wohl bilden eine gute Basis für das Familienleben. Kinder wachsen hierzulande auf, ohne Hunger zu kennen, ohne Angst vor dem nächsten Tag zu haben. Kinder sind für Christen eine Gabe Gottes, eine Gabe und Aufgabe zugleich, ihnen

mit dem Leben gleichermaßen Liebe, Zärtlichkeit und Zuneigung zu geben, sie so zu erziehen, daß sie später wertvolle Glieder der Gesellschaft werden.

Ganz in dem Sinne hat der Altmeister der Kinderheilkunde, Prof. Czerny, aus seinem christlich-humanistischen Weltbild heraus das Wort geprägt: Wer ein gesundes Kind ansieht, der muß begreifen, daß der Mensch zur Freude geschaffen ist. Wir sind heute in der Lage, sicher zu wissen und wissenschaftlich fundieren zu können, daß dieses Zur-Freude-geschaffen-Werden eine menschliche Ordnung der Gesellschaft voraussetzt. Unsere sozialistische Gesellschaftsordnung schafft die bestmöglichen Voraussetzungen und prinzipiell gleiche Chancen für jeden jungen Menschen, sein Leben und seine künftigen beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben zu meistern.

„Es ist erstmalig in der Geschichte unseres Volkes“, sagte der Minister für Volksbildung, Dr. h. c. Margot Hon-ecker, auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß im Herbst 1978, „daß die Schule allen Kindern, unabhängig von der sozialen Stellung ihrer Eltern, von Weltanschauung und Religion, eine gleich hohe Bildung vermittelt, eine fundierte wissenschaftliche Allgemeinbildung, die die Bildung in den Gesellschaftswissenschaften und Künsten, den Sprachen und Naturwissenschaften, die polytechnische Bildung und Körpererziehung umfaßt und dies in einer zehnjährigen Schule für alle Kinder des Volkes gleichermaßen.“

Diese schöne wie verantwortungsvolle Arbeit der Schule mindert keineswegs die Familienerziehung, im Gegenteil. Die Aufgabe, die Kinder gut zu bilden und humanistisch zu erziehen, wird immer besser bewältigt, je enger Familie, Schule, Kinder- und Jugendorganisation dabei zusammenwirken. Die Familie ist es doch, die die Voraussetzung und die Grundlage schafft, auf der sich dann reiche natur- und gesellschaftswissenschaftliche Kenntnis, polytechnisches Wissen und Können, vielseitige kulturell-musische Interessen, klare politische Erkenntnisse und wissenschaftlich begründete politisch-moralische Maßstäbe entfalten und zur höheren Einheit, zur sozialistischen Persönlichkeit verbinden können. Das heißt, die Kinder mit solchem Wissen und Können, solchen Fähigkeiten und Verhaltensnormen, solchen Charaktereigenschaften und ethischen Maßstäben auszurüsten, die sie benötigen, damit sie morgen und übermorgen in der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus ihre Lebensaufgabe und ihr Lebensglück finden.

Zugleich werden christliche Eltern selbstverständlich bemüht sein, ihren Kindern auch den Glauben weiterzugeben,

den sie selbst als Lebenswert erfahren haben. Gerade der gemeinsame Vollzug des Glaubens kann eine Familie eng zusammenschließen. Vor allem aber die Kinder wachsen in die Welt des Glaubens nur hinein, wenn die Eltern ihnen vorleben, was sie lehren, bis eines Tages von dem Heranwachsenden die eigene Entscheidung gefordert ist.

Die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Schule wird auch für christliche Eltern immer stärker zu einer Selbstverständlichkeit. Sie gründet sich einerseits auf die Überzeugung der Lehrer, daß christliche Eltern wie andere Werktätige unseres Landes zuverlässige und aktive Mitglieder ihrer Arbeitskollektive und bewußte Staatsbürger sind, die das Beste für ihr Kind wollen. Andererseits beruht sie auf dem Wissen christlicher Eltern, die ja alle selbst unsere sozialistische Schule besucht haben, daß ihren Kindern – gleichberechtigt und -verpflichtet wie alle anderen – alle Vorzüge und Möglichkeiten des sozialistischen Bildungswesens offenstehen. Diese Fragen beschäftigen uns christliche Demokraten, weil wir uns unserer Mitverantwortung für das Ganze bewußt sind, weil die glückliche, sichere Perspektive unserer Jugend jedem am Herzen liegt und weil viele von uns als Eltern, aber auch in beruflichen und gesellschaftlichen Funktionen unmittelbar an der Bildung und Erziehung der Kinder teilhaben.

Wesentliche Bestandteile christlicher Erziehung im Elternhaus sind die Erziehung zum Frieden sowie die Achtung und Wertschätzung der Arbeit. Der Herausbildung und Einübung entsprechender Tugenden kommt dabei besondere Bedeutung zu. Dabei wollen wir vor allem verdeutlichen: Das Vorbild der Eltern – ihre gute Arbeit und ihr harmonisches Zusammenleben, ihr staatsbürgerliches Engagement und ihre demokratische Aktivität, ihr Bildungsstreben und ihre kulturellen Interessen – all das gibt dem Lebensweg ihrer Kinder eine entscheidende Orientierung. Familienerziehung in diesem Geiste verbindet christliche Eltern mit der sozialistischen Schule im gemeinsamen Bemühen darum, die jungen Menschen möglichst gut auf ihr Leben vorzubereiten.

Darüber hinaus aktiviert und befähigt die CDU ihre Mitglieder, ihre gesellschaftliche Mitwirkung an der Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen, an der Fürsorge für ihr glückliches Gedeihen zu verstärken. Beispielsweise geht es darum, in den Wohngebieten und an den Schulen die Bedingungen für das Lernen, für die kulturelle und sportliche Gestaltung der Freizeit – sei es im Hort oder in Arbeitsgemeinschaften, in Jugend- und Schulklubs – verbessern zu helfen.

Was die Mitarbeit von Unionsfreunden in gewählten Elternvertretungen betrifft, die das gemeinsame Handeln von Schule und Elternhaus bei der sozialistischen Bildung und Erziehung der Mädchen und Jungen gestalten, so ist ihre Bereitschaft zur Mitverantwortung auf diesem Gebiet weiter gewachsen. Dafür spricht, daß mit den Elternvertreterwahlen im Herbst 1983 die Zahl der in diese Gremien gewählten Freunde auf über 10 000 stieg.

Höhere Ansprüche an die Familienerziehung

Häufig bewegen die Eltern Fragen, ob sie den Ansprüchen an die Erziehung gerecht werden. Das zeigen auch Gespräche in Mitgliederversammlungen unserer Partei. Manchmal sind sie entmutigt, wenn die Entwicklung ihrer Kinder nicht ihren Wünschen und Vorstellungen entspricht oder wenn sie beim Heranwachsen der jungen Menschen erleben, daß ihr Einfluß zurückgeht. Solche Fragen treten meist dann auf, wenn die eigenen Möglichkeiten zur Erziehung im Familienalltag, z. B. die Gestaltung des gemeinsamen Wochenendes nicht voll genutzt werden. Diese Möglichkeiten deutlich zu machen und Eltern zu ermutigen, das Leben mit den Kindern als wichtigen und schönen Bereich der Freizeit anzusehen, ist echte mitmenschliche und pädagogische Hilfe.

Es gilt also, die guten materiellen Bedingungen, die unsere sozialistische Gesellschaft bietet, im Interesse der Kinder richtig zu nutzen. So schön gemeinsame Ausflüge im Auto sind, sie dürfen Sport und Wandern nicht verdrängen. Auch das reiche Schallplattenangebot ersetzt nicht das in der Familie gesungene Lied, das selbst erzählte Märchen. Denn nur dort wird der Wohlstand nützlich, wenn er unser Leben bereichert, wenn er hilft, es vielseitiger zu gestalten und neue Möglichkeiten für die Persönlichkeitsentwicklung zu erschließen.

Bei allem, was wir in unserer sozialistischen Familienpolitik erreicht haben, dürfen wir nicht selbstzufrieden werden. Noch gibt es Ehen und Familien, die trotz guter Gesetze und aller Fürsorge Probleme haben. Gute Erziehungsgrundsätze, neue Anschauungen und Verhaltensnormen, die die geistige Atmosphäre der Familie im Sozialismus bestimmen, setzen sich nicht ohne unser Zutun durch. Es bedarf vielmehr der Mitarbeit und tätigen Sorge aller Bürger, um die Situation aller Familien und der Kinder noch günstiger zu gestalten. Das betrifft auch – wie bereits gesagt – die Vorbereitung der jungen Leute auf Ehe und Familie.

Notwendig ist die weitere Festigung der Ehen; nicht durch

Hineinreden, sondern durch den Austausch von Meinungen und Gedanken – auch in der politischen Massenarbeit –, um so dem Bedürfnis der Menschen noch besser zu entsprechen, sich Rat und Anregung auch in Fragen zu holen, die das Familienleben betreffen. Das gilt ebenso für die Förderung des Wunsches und der Einsicht, daß Kinder zum Sinn einer Ehe gehören.

Höhere Aufmerksamkeit brauchen die Kinder, die nicht mehr den Hort besuchen, die sogenannten Halbwüchsigen, um ihre Freizeit sinnvoll zu verleben und nutzbringend entsprechend ihren Neigungen und Interessen zu gestalten.

Weiterhin dringend ist es, solche Erschwernisse abzubauen, die den berufstätigen Müttern – insbesondere den in Schichten Arbeitenden mit kleineren Kindern, den alleinstehenden und den kinderreichen Frauen – im Familienalltag noch viel Zeit und Kraft abverlangen. Dieser Aufgabe gilt es, entsprechend den örtlichen Bedingungen und Gegebenheiten noch aufmerksamer nachzugehen und spürbare Veränderungen herbeizuführen.

Wichtig ist nicht zuletzt das Tätigsein in der Bürgerinitiative der Nationalen Front „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“, die darauf zielt, das Leben der Familien noch schöner und anziehender zu gestalten und durch ein reges geistig-kulturelles und sportliches Leben in den Wohngebieten, durch anregende gemeinsame Erlebnisse und Frohsinn ein glückliches und harmonisches Familienleben zu fördern.

So bleibt noch manches zu tun, um den Familienalltag zu erleichtern und zu bereichern. Aber bereits das bisher Gesagte macht die tiefgreifenden Veränderungen bewußt, die sich in der Familie vollzogen haben, in den Beziehungen zwischen den Partnern und den heranwachsenden Kindern, in der Gemeinsamkeit von Eltern und Erziehern und in der Familienerziehung. Sie gehören zu jenen sozialistischen Erregenschaften, die unser Leben bestimmen und die mit dem Blick in die Zukunft weiter ausgebaut werden.

Wir christliche Demokraten wissen: Unsere Gesellschaftsordnung ist die solide Basis für Glück und Wohlergehen jedes einzelnen und der Familie. Der Sozialismus bietet gesellschaftliche Geborgenheit und ermöglicht zugleich die eigenverantwortliche Gestaltung von Ehe und Familie.

In der Reihe „Hefte aus Burscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 215 Carl Ordnung, Christen in der Friedensbewegung – Zu Position und Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)
- 216 Günter Wirth, Friedensprogramm gegen Kreuzzugspläne
- 217 Gerald Götting, Huldrych Zwingli – Zum 500. Geburtstag des Schweizer Reformators
- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Pastor Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden